

## **Neue Strukturen braucht das Land. Vorbild Schweiz?**

Mit einem ebenso provokanten wie vielschichtigen Thema startete Ende August das **marienthaler forum** vor rund 150 Gästen im Wissener Kulturwerk. Provokant, weil nicht wenige Besitzstandswahrer um die Pfründe einer über Jahrzehnte gewachsenen Struktur aus Umverteilung, Nichtzuständigkeiten und mangelnder Transparenz fürchten; vielschichtig, weil schnell klar wurde, dass das bloße Übertragen von Elementen der in der Schweiz so erfolgreichen Direkten Demokratie auf die Bundesrepublik kaum der große Wurf sein kann.

Veranstalter und Moderator Ulrich Schmalz machte bereits in seinen Eingangsbemerkungen einen Mentalitätsunterschied in beiden Ländern aus: Während man in Deutschland nahezu einer Obsession der Gleichmacherei begegne, hätten in der Schweiz die Tolerierung von Unterschiedlichkeiten und hieraus resultierender Wettbewerb in Politik und Gesellschaft Tradition und erkennbaren Erfolg.



Wieso die Schweiz mit wirtschaftlich ausgezeichneten Eckdaten glänzt, auf welche Weise Entscheidungen unmittelbar getroffen werden und welche Schlüsse man möglicherweise für Deutschland ziehen kann, legten die Referenten ausführlich dar.

*Die Referenten (von links) Andi Gross, Professor Andreas Ladner, Professor Roland Vaubel und Veranstalter Ulrich Schmalz.*

### ***Prof. Dr. Andreas Ladner, Universität Lausanne*** **Föderalismus und Gemeindeautonomie in der Schweiz:** **Selbstbestimmung, Wettbewerb und Solidarität**

Historie und Ausprägung des eidgenössischen Föderalismus und die Rolle der Gemeinden beschrieb Professor Dr. Andreas Ladner von der Universität Lausanne. Für den Bund wie für die auf Napoleon zurückgehenden 26 Kantone der Schweiz, deren Freiheitsstreben Ladner an der Französischen Revolution festmachte, gilt seit Jahr und Tag: „Der Staat bleibt schlank.“ Das manifestiert sich unter anderem auch an der durchaus bescheidenen infrastrukturellen Ausstattung und Privilegien von Regierungsmitgliedern oder Amtsträgern. Ein Bürgermeister mit Dienstwagen sei etwa unvorstellbar.

Man pflegt die Unterschiede

Für Ladner sind die Kantone die grundlegende „Ideenschmiede“ für die Architektur der politischen Schweiz, die auch die Gegengewichte zum Bund bilden - mit allen Vor- und Nachteilen, die auch an deutsche Diskussionen um die Bundesländer erinnern: Dass der

kleinste aller Kantone genauso viele Stimmen habe wie der größte, sei laut Ladner wohl eine Schweizer Eigenart. Das Prinzip der Gleichmacherei, so der Soziologe, sei den Eidgenossen zuwider. Daraus erkläre sich manche Eigenart und Überbetonung des Föderalismus in der Schweiz, wo man - je nach Kanton - beispielsweise sieben unterschiedliche Methoden kenne, um die Höhe eines Hauses zu berechnen. Man pflegt diese Unterschiede jedoch weiterhin, die die eigene Identität stärken.

Diskutiert wird immer

Ein weiteres Charakteristikum nach Ladner: Es wird immer diskutiert. Rund 1.500 Entscheidungen und Wahlgänge könne ein Schweizer in 80 Lebensjahren absolvieren. Projekte mit einem Wert von über 20 Millionen Franken beispielsweise brauchen in Zürich die Zustimmung der Bevölkerung, die sich dadurch verstärkt mit der örtlichen Politik auseinandersetze und auch mehr Verständnis für die Motive anderer entwickle, so Ladner. Und die direkte Demokratie bringe es mit sich, dass man sich in der Schweiz immer wieder neue Partner suche, um bestimmte Projekte mehrheitsfähig zu machen. „Man integriert den politischen Gegner, holt ihn in einer Sache an Bord, um eine mögliche Blockade zu brechen.“ Gleichwohl werde dort diskutiert, wo die Bürger betroffen seien, nämlich in den rund 2.500 Gemeinden. Die Prämisse der so genannten fiskalischen Äquivalenz lautet: „Wer bezahlt, befiehlt - wer befiehlt, zahlt.“

Allerdings gilt das Steuersystem mit ausgeprägtem Wettbewerb zwischen den Kantonen auch als Dauerbaustelle: In reichen Kantonen zahlt man viel mehr Steuern als in armen, in Zug etwa doppelt so viel wie im Kanton Schwyz. Das sei selbst nach Schweizer Geschmack ein zu großes Gefälle. Direkte Demokratie, so Ladners Resümee, erhöhe zweifellos die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen und stifte höhere Identifikation. Allerdings müsse man auch lernen, Verzögerungen sowie unliebsame Entscheidungen und Niederlagen hinzunehmen.



*Rund 150 Gäste nahmen an der Veranstaltung im Kulturwerk in Wissen teil.*

**Andi Gross, Schweizer Nationalrat und Mitglied des Europarates  
Direkte Demokratie - gelebte Schweizer Praxis,  
Lösungsmittel für deutsche Probleme?**

Kann Deutschland mit seiner auf allen Ebenen ausgeprägten repräsentativen Demokratie von der Schweiz lernen? Andi Gross, Schweizer Nationalrat und Mitglied des Europarates, machte zunächst ein unterschiedliches Verständnis von Demokratie in Deutschland und der Schweiz aus. Dabei bringen die Eidgenossen das republikanische Verständnis als Ergebnis der amerikanischen und französischen Revolution mit. Man müsse miteinander das gemeinsame Leben gestalten. Da die Form der ausgeübten Demokratie in mancherlei Hinsicht unzureichend sei, spreche man oftmals von einer Krise der Demokratie, beispielsweise im Hinblick auf die faire Verteilung von Lebenschancen.



Die repräsentative Demokratie hingegen beschränke die Menschen in ihren Möglichkeiten, die Dominanz der Exekutive trage ihren Teil zur Misere bei. Auch deshalb machte Gross einen Exkurs Richtung Europa und forderte: „Wir brauchen heute um der Demokratie Willen eine europäische Verfassung“, so Gross.

*Nationalrat Andi Gross: „Die Seele der direkten Demokratie ist die öffentliche Diskussion.“*

### Die Seele der Demokratie

Kernpunkt der Schweizer Demokratie sei die zentrale Möglichkeit, Menschen regelmäßig an politischen Entscheidungen teilhaben zu lassen. „Die Seele der direkten Demokratie ist die öffentliche Diskussion.“ Es steigere die Legitimität, Betroffene in Entscheidungen mit einzubeziehen, da damit eine Minimierung der Distanz zwischen Politik und Bürgern einhergehe. Dabei sei Verständlichkeit die Voraussetzung für Zustimmung. Das System sei offener, da es auch denen, die nicht im Parlament sind, eine Stimme gebe und mehr Menschen an der politischen Diskussion beteilige. „Demokratie heißt, dass jeder Mensch in die Entscheidungsfindung einbezogen wird“, so Gross. Hierzu brauche es eine lernende Gesellschaft. Noch einmal bemühte er Europa als Referenz für seine These: Die über Europa bzw. die Europäische Union und ihre Vertragswerke am besten informierte Bevölkerung ist nach seinen Untersuchungen die dänische. Hier wurde das Volk bereits mehrfach zur Abstimmung über Europa aufgerufen und habe sich daher intensiv mit den Inhalten der Europäischen Verträge auseinandergesetzt. Gross dazu: „Partizipation fördert Integration.“

Zu den vergleichsweise wenigen Volksentscheiden in Deutschland, die oft aus einer medial beförderten Betroffenheitswelle (Stichwort „Stuttgart 21“) resultierten und emotional aufgeladen seien, äußerte sich der Nationalrat wenig optimistisch und charakterisierte diese als Momentaufnahmen. In der Schweiz gingen Entscheidungen viel längere und intensivere Diskussionen voraus. „Die Legitimität ist am größten, wenn sich die Betroffenen äußern“, unterstrich Gross. Betroffene müsse man zu Beteiligten eines Prozesses machen. Das

erhöhe die Legitimität der Entscheidungen und deren Umsetzbarkeit. Die Latte für Volksbegehren indes solle man nicht zu hoch legen.

Zu groß für die Direkte Demokratie?

Ob Deutschland zu groß sei für die direkte Demokratie? Gross wehrte ab. Wichtige Entscheidungen könne man nicht übers Knie brechen, unabhängig von der Größe der Bevölkerung: „Das ist keine geografische Kategorie. Wenn Sie ein Dorf haben, in dem keiner dem anderen zuhört, dann können Sie zu Recht sagen: Das Dorf ist zu groß für direkte Demokratie.“

Gross machte schließlich deutlich, dass die Elemente der direkten Demokratie in der Schweiz eben über Jahrhunderte gewachsen seien und einer entsprechenden Abstimmungskultur unterliegen. |

**Prof. Roland Vaubel, Universität Mannheim**

**Bei welchen Fragen sind Volksabstimmungen sinnvoll?**



*Professor Roland Vaubel sieht die repräsentative Demokratie im Vorteil gegenüber direktdemokratischen Modellen.*

In Deutschland gibt es im Vergleich zur Schweiz kaum Volksabstimmungen, Wahlen in Bund, Ländern und Kommunen werden von den Parteien dominiert. Professor Dr. Roland Vaubel analysierte, warum die Bevölkerung nicht viel öfter gefragt wird. Er machte in der Summe mehr Vorteile in der repräsentativen Demokratie aus als im stark auf Referenden fußenden System der direkten Demokratie. Gleichwohl gebe es Ausnahmen. Von Politikerdiäten über zentralistische Entscheidungen in fernen Parlamenten bis hin zu Verfassungsänderungen sieht er Spielraum für mehr Bürgerbeteiligung,

die den jeweiligen Entscheidungen auch mehr Rückhalt verleihen könnten. Das Grundgesetz, so der Wissenschaftler, verlange in Artikel 20 nach Ergänzungen politischer Entscheidungen durch die Beteiligung der Bevölkerung.

Die repräsentative Demokratie, so Vaupel, habe den Vorteil, dass sie den Abgeordneten einen stärkeren Anreiz gebe, sich zu informieren, wohingegen der Bürger nur die für ihn persönlich als wichtig erachtete Informationen aufnehme. Der Wähler habe das Interesse Entscheidungen an kleinere Gruppen, beispielsweise ein Parlament, zu delegieren. In manchen Fällen sei diese Aufgabe der Repräsentation jedoch unzureichend, da der Beauftragte nicht tue, was der Bürger tatsächlich wolle. Es sei nicht ausschlaggebend, dass der Politiker am besten informiert ist. „Wichtiger ist, dass die Anreize stimmen“, so Vaupel

## **Podiumsdiskussion: Entscheidungen muss man zuordnen können**

Von der Metabene der vergleichenden Analysen auf staatlicher Ebene, die auch Europa und seine Verfassung nicht außer Acht ließ, ging es in der abschließenden Diskussionsrunde vor allem um ganz praktische Umsetzungsnotwendigkeiten regionaler Ebene.



*Die Podiumsdiskussionen forderte u.a. eine Strukturreform.*

Mit dabei: **Hans Arthur Bauckhage**, Staatsminister a. D.; **Heijo Höfer**, Bürgermeister der Stadt und Verbandsgemeinde Altenkirchen sowie stv. Vorsitzender des Städte- und Gemeindebundes Rheinland-Pfalz; **Hans Theo Macke**, Mitglied des Vorstandes der DZ BANK AG, Frankfurt; **Aloysius Söhngen**, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Prüm, Vorsitzender des Städte- und Gemeindebundes Rheinland Pfalz, sowie die beiden vorherigen Referenten **Andi Gross** und **Professor Dr. Andreas Ladner**.

Ein Fazit der Runde: Eine grundsätzliche Strukturreform, die Zuständigkeiten und Finanzierungen regelt, ist dringend geboten. Unter anderem wurden dabei auch die Notwendigkeit von 16 Bundesländern mit enormem Verwaltungsapparat sowie der Bedarf von 16 Landesparlamenten, die allesamt mit Berufspolitikern besetzt sind, in Frage gestellt.

Wichtiger als Elemente direkter Demokratie und wahrscheinlich wichtiger als deren Umsetzung ist den Teilnehmern demnach die Auflösung der vielschichtigen Finanzierungs- und Verantwortungsbereiche in Deutschland. Was Ulrich Schmalz mit Blick auf die finanzielle Ausstattung der Gebietskörperschaften bereits eingangs kritisiert hatte („Jeder hat die Hand in der Tasche des anderen.“), führt in der deutschen Praxis in einen Dschungel aus undurchschaubaren Mischfinanzierungen, Umverteilungssorgen und Entfremdung des einzelnen Bürgers von der Politik, weil dieser überhaupt nicht nachvollziehen könne, auf welcher Ebene eine politische Entscheidung tatsächlich falle und wo das Geld für ein bestimmtes Projekt oder eine Investition herkomme. Erhebe die Kommune vor Ort dagegen unmittelbar Steuern und dokumentiere deren Verwendung, wäre hier schon viel erreicht. Fusionen von Verbandsgemeinden, die derzeit in Rheinland-Pfalz unter dem Stichwort der Kommunal- und Verwaltungsreform diskutiert würden, lösten manche Probleme dabei bestenfalls kosmetisch.